

Rüdiger Klasen  
Wittenburgerstr.10  
**19243 Püttelkow**  
Tel.: 038852-58951  
Mobil.: 0162-9027725

04.06.2014

**Oberlandesgericht Rostock**  
**Wallstraße 3 – Ständehaus -**  
**18055 Rostock**

**Zurückweisung mit sofortige Beschwerde, Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde zum illegalen und rechtswidrigen Beschluß vom Oberlandesgericht Rostock von einer Person mit Bezeichnung „Kruse“ – ein/e Richter/in???) vom 02. Juni 2014**

**Geschäftsnummer Ws 133/14**

**2 Ws 149/14 (GenStA Rostock**

**2 OWi 63/13 (AG Hagenow)**

**225 Js 3258/13 OWi (StA- Schwerin) wegen Grundrechteverletzung GG Artikel 1-19, Landesverfassung Artikel 5 von Mecklenburg- Vorpommern\* und Verstoß gegen das GVG, BGB und weitere dem OWiG übergeordnete Rechtsgrundlagen.**

Sehr geehrte Damen und Herren.

**Zu 1 Festgestellt wird:**

**Der o.g. Beschluß vom Oberlandesgericht Rostock Geschäftsnummer Ws 133/14**

**ist NICHT rechtskräftig aus folgenden Gründen: Von einem „Antrag der Generalstaatsanwaltschaft“ sowie einer „Anhörung des Betroffenen“ hatte ich bis dato keine Kenntnis! Der Beschluß ist Verstoß gegen Artikel 101 GG dar. Es handelt sich um verbotene Ausnahmegerichtsbarkeit beim Oberlandesgericht Rostock durch einer Person KRUSE. Diese Person KRUSE hat hiermit offenkundig einfach ohne einen Antrag von mir und ohne meiner Kenntnis offenkundig im Hintergrund still und klammheimlich ein STANDGERICHT- AUSNAHMEGERICHT zum Verfahren eröffnet und OHNE RECHTLICHES GEHÖR einen Beschluß gegen meine Person gefasst. Verweis Hintergrund ist der skandalöse Vorgang am Ausnahmegericht Hagenow um meine Beschwerden um diese unbequemen Vorgänge über das offenkundige Ausnahmegericht – Standgericht – Hagenow zu verriegeln - abzuriegeln. Verstoß**

**Grundgesetz IX. Die Rechtsprechung (Art. 92 - 104)**

**Artikel 101**

**(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.**

**(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.**

**Darüber hinaus liegt Grundrechteverletzung durch NICHT erfolgtes RECHTLICHES GEHÖR gegen meine Person vor.**

**Zu 2 Es wird festgestellt:**

**Außerdem ist der Beschluß NICHT von einen gesetzlichen Richter unterschrieben, was einen Verstoß gegen das BGB § 126 darstellt.**

**Keine Unterschrift = kein Verantwortungsbereich! Dabei finden sich zwingende Grundlagen für die persönliche Unterschrift in dem §§ 126 BGB, 315 ZPO, 275 StPO, 117 I VwGO, 37 III VwGO! Das gilt insbesondere für Behörden: Zur Schriftform gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift (vgl. z. B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87 BVerwG E 81, 32 - Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 9202 NJW 2003, 1544)**

**Zwar hat der gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes entschieden, dass es bei der Übermittlung von Schriftsätzen auf elektronischen Wege den gesetzlichen Schriftformerfordernissen unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift Genüge getan ist. (Beschluß vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15), dies gilt aber nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist. (vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BF H/N V 2002, 1 5 9 7; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 a. a. O).**

**Die Standardbehauptung Zitat: \*Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und gilt auch ohne Unterschrift ist eine strafbewehrte Täuschung im Rechtsverkehr. Ohne Unterschrift kann keine Rechtskraft eintreten! Dies gilt vor allem auch für gerichtliche Dokumentationen, wie Urteile, Beschlüsse, Vollstreckungstitel etc.. Die kommentierte Fassung**

der Prozeßordnung sagt eindeutig aus: „Unterschriften von Richtern müssen stets mit Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, dass über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellungsempfänger muß überprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben. Deshalb genügt insoweit die Angabe „gez. Unterschrift“ nicht.“ (vgl. RGZ 159,25,26 BGH; Beschlüsse v. 14.07.1965 – VII ZB 6&65 = Vers. R 1965, 1075, v. 15.04.1970 – VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 . III ZB 7/72 = Vers. G 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 – VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87)

1. Verweis dazu auch Pressemitteilung Freispruch Banker wegen fehlender Unterschrift des Richters § 126 BGB.  
Es gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz auch für mich.

### **Zu 3 Es wird festgestellt:**

**Auf Grund der im ZDF (ZDF.info) veröffentlichten internen Dienstschulung des BRD Inlandsgemeindienstes \*Verfassungsschutz\***

**Titel: Der Staat bin Ich – Sendung**

<http://www.candoberlin.de/neues/>

**Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“**

**Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“**

Quelleveweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

**(Verweis Strafanzeige/ Strafantrag vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene)**

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden; sehe ich mich zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

### **Persönliche Erklärung:**

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel.

Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

**Allgemein besteht heute der offenkundige Verdacht der Befangenheit aller BRD- Behörden durch politisch rechtsideologisch motivierte Schulungen /Weisungen des Verfassungsschutzes.**

**Alle Behörden können durch die aufgeführte geheimdienstliche Tätigkeit des BRD- Inlandsgeheimdienst \*Verfassungsschutz\* POTENZIELL infiltriert und befangen sein!**

Es besteht daher leider auch der begründete Verdacht der Befangenheit auch Ihrer Behörde durch diesen alarmierenden Straftatbestandkomplex des BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ und der eingebetteten Kriminalpsychologen und Bediensteten.

In diesen Zusammenhang ist mittels einer mir zuzureichenden EIDESSTAATLICHEN VERSICHERUNG\* klarzustellen, dass Ihre Behörde Oberlandesgericht Rostock KEINE derartigen Dienstschulungen bzw. Weisungen/ Ratschläge/ Vorgaben u .ä. Maßgaben des BRD- Inlandsgemeindienstes \*Verfassungsschutz\* erhalten hat.

**Vorsorglich wird auch hier auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.**

**Zu 4 Festgestellt wird:**

Wenn Behörden der Bundesrepublik Deutschland wie in diesen Fall das die OWi erhebende **Amt Wittenburg** staatenlos sind. Illegal verbotenes NS- Recht anwendet und privatisierte Firma sind stellt das eine Verletzung geltenden Rechts dar. Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG), Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen die Grundrechte.

Dazu Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,

Es geht um die Legitimation des **Amtes Wittenburg** überhaupt OWI- Gelder zu erheben. Es geht dabei um den OWIG übergeordnetes Recht wie das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland, laut Artikel 139 GG gültiges SHAEF und SMAD. Das muß im OWI Verfahren entsprechend vorrangig abgeklärt werden.

**Zu 5 Festgestellt wird:**

§ 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG) : Dazu betreibt das **Amt Wittenburg** seine Aktionen dazu in der offenkundigen Staatenlosigkeit der BRD und täuschend illegale Weiterführung der verbotenen NS- Gleichschaltungskolonie des 3. Reiches durch den Rechtsnachfolger des 3. Reiches von Adolf Hitler- die Bundesrepublik Deutschland. **Damit strafbarer Verstoß gegen das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland, laut Artikel 139 GG gültiges SHAEF und SMAD. Darüber hinaus liegt ebenfalls Verstoß gegen das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.**

**Komplexe Erläuterung zum besseren Verständnis:**

Die Bundesrepublik Deutschland führt bis heute die Nazi-Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler ungehindert weiter. (R = STAG: unmittelbare Reichsangehörigkeit = Deutsche Staatsangehörigkeit = Kolonieangehörigkeit aus den ehem. Deutschen Schutzgebieten- Verweis Zeitzeugen- Staatsrechtler wie Dr. jur. Herbert Hauschild, Hermann Weck, Dr. Walter Schätzel, Dr. Bernhard Lösener, G. Zeidler)

Die NS- Gleichschaltungskolonie \*Bundesrepublik Deutschland\* überlagert bis heute den deutschen Heimatstaat \*Deutschland\*.

Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

Auch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt und wird bis heute in Deutschland angewendet.

(sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBl 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH\* von 1934)

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Nach dem Waffenstillstand 1945 wurde ab 1949 die geistige Besetzung angewendet.

Nazi- Gesetze und die deutsche Zwangs- Staatsangehörigkeit vom 5.02.1934 sind durch geistige Okkupation im Verborgenen geblieben.

Durch heimtückische Falschinformationen und täuschende Anwendung von Nazi - Gesetzen hat sich dieser Zustand in den Köpfen der Menschen bis heute normalisiert.

Die deutschen Bundesbürger glauben durch die NS- Glaubhaftmachung "DEUTSCH" von 1934 an die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934.

**Der geheime Staatsstreich**

Am 8.12.2010 sind mit einem geheimen Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine

Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Am 08.12.2010 wurde die unmittelbare Reichsangehörigkeit (= unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010)  
(Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959)

Durch diesen Vorgang wurde jeder Bundesbürger mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS-Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!  
(Verweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger v. Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit v. 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* v. 1934 künstlich am Leben.

Durch die Streichung der Reichangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) wurde das bundesdeutsche Personal STAATLOS gemacht.  
Das ab 1934 von Adolf Hitler gleichgeschaltete \*DEUTSCHE VOLK\* wurde vollständig entrechtet und entmachtet.  
(Status Vogelfrei)

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von 1934 künstlich am Leben. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von BRD- Gerichten untermauert.

Verweis auf die Ihrer Behörde vorliegenden aktuellen Staatenlos- Beschlüsse:  
K1 Amtsgericht Goslar  
K2 Amtsgericht Langen (Hessen)  
K3 Amtsgericht Vechta

#### **Zu 6 Festgestellt wird:**

**Aufgrund der bereits wiederholt gerichtlich festgestellter rechtsoffenkundiger STAATLOSIGKEIT der Bundesrepublik Deutschland und nachfolgender Verfahrenseinstellungen wird hiermit zu Recht die Legitimation der Behörde **Amt Wittenburg** angezweifelt und es muß die Legitimation der Tat ausführenden Bediensteten überprüft werden.**

Dazu kommt das die privatisierte Behörde der **Amt Wittenburg** sich nicht an die Voraussetzungen nach dem BGB bzgl. eines staatlichen Amtes erfüllt.

Auszug: UPIC liegt der Akte vor.

Privatisierte Behörde: U. a. fehlende Unterschriften auf vorgeblich amtliche Schreiben der Behörde, fehlende Amtsbezeichnungen, Amtsausweise, amtliche Stempel und Siegel.  
Aus genannten Gründen wird hiermit Täuschung im Rechtsverkehr angezeigt. (Verweis Bereinigungsgesetz)

Es wurde auch hier erfolglos Beweislastumkehr gefordert. Bis heute wurde seitens der zuständigen Behörde **Amt Wittenburg** gleichlautende vorrangegangenen Beweislastumkehr- Forderungen in parallelen Vorgängen NICHT nachgekommen.

#### **Zu 7 Festgestellt wird:**

**Verstoß gegen die EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997 durch Ignoranz der geforderten Staatsangehörigkeitsprüfung dem „Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997:**

Die bei der zuständigen BRD- Behörde \* **Amt Wittenburg** \* beantragte und mehrfach erinnerte Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wurde ebenfalls bis heute hartnäckig ignoriert und die notwendige Einschaltung der mit zust.

Staatsangehörigkeitsbehörde des Großkreises Ludwigslust- Parchim unterlassen.

Damit wurde diese gesetzliche EU- Norm durch die betr. zuständige Behörde verletzt.

Es liegt offener Gesetzesverstoß gegen die Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.

Dieses Recht- und sittenwidriges Verhalten zieht ferner der Bruch dieses EU- Vertrages nach sich, was hiermit unter entsprechender Beschwerde bei Ihnen von mir angezeigt wird.

**Die dazu notwendige Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wurde fruchtlos von der zust. Behörde **Amt Wittenburg** zum wiederholten Mal von mir eingefordert!**

Es liegt seitens der Behörde **Amt Wittenburg** Täuschung im Rechtsverkehr § 270 StGB vor, was hiermit straf angezeigt wird.

Durch das bisherige Fehlverhalten der Behörde begründet liegt außerdem zu heilende Grundrechteverletzung gegenüber meiner Person vor. Verweis Grundrechte- Artikel 1- 19 GG und Artikel 5 – Schutz der Menschenrechte- der Landesverfassung vom Mecklenburg- Vorpommern.

**Zu 8 Festgestellt wird:**

**Grundrechteverletzung durch Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG und § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr:**

**Kombination permanent fortgeführter strafbewehrte Rechtsverstöße und Grundrechteverletzung gegen meiner nat. Person: Verstoß gegen die EU- Charta, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte und weitere:**

Die nicht unterzeichneten, computeranimierten Standart- Beschluß zeigt an das das **OLG Rostock - KRUSE** sich AUCH nicht an das BGB, Das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland und die übergeordneten EU Recht/ EU- Norm und die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen EU- Verträge hält. Das bisherige Fehlverhalten der betroffenen Behörde wird hiermit unter Beschwerde bemängelt. Desweiteren erkenne ich das in der Verwaltung **OLG Rostock** offenbar erhebliche Mängel bzgl. einer ordnungsgemäßen Verwaltung bestehen. Auf letztere hab ich als Mensch einen grundgesetzlichen bürgerlichen Anspruch.

Das EU- Verwaltungsrecht schreibt dies den BRD- Verwaltungen ebenfalls rechtsverbindlich vor!

Ich weise darauf hin das ich nach Artikel 41– 1, 2 a b c und 3- 4 der EU Charta das Recht und Sie die Verpflichtung haben mir eine dezidiert korrekt klärende Antwort zu geben und eine ordnungsgemäße, gute Verwaltung sicherzustellen, was seitens vom Landkreis Lüneburg NICHT erfolgt ist.

Artikel 41 – 1, 2 a b c und 3- 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union - CRCH und den Europäische Kodex für eine gute Verwaltungspraxis schreiben den BRD- Behörden das übergeordnete Recht rechtsverbindlich vor.

Dazu liegt Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte (betrifft Ausübung der hoheitlichen Macht durch die BRD- Behörde!) vor. Damit greifen Artikel 6 CRCH – Recht auf Freiheit und Sicherheit und Artikel 53 CRCH - Schutzniveau.

**Nichts wurde zur Klärung der unhaltbaren Zustände seitens des Amtsgerichtes Hagenow unternommen. Richter Herr Hackbarth schrie und tobte am Tag der Hauptverhandlung, anstatt eine sachliche Klärung zu unternehmen. Es wurden von einer extra aus Schwerin gebuchten Sicherheitstruppe in einer Postkiste demonstrativ Handschellen den Bürgern vorgeführt. Gesundheitlich vermittelte der Richter Herr Hackbarth den anwesenden Bürgern einen erheblich beeinträchtigten Eindruck. (Medikamente Alkohol o.ä.)**

**Der tatausführende Richter Herr Hackbarth zog statt Klärung eine regelrechte Freisler Volksgerichtshow ab, welche zum entsprechenden Befangenheitsbeschwerdeverfahren geführt hat. Umfassende Zeugenliste anwesender Bürger belegt die Offenkundigkeit des BRD- JUSTIZSKANDALS in Mecklenburg!**

**In diesen Vorgängen unter den o.g. AZ steckt offenkundig nur noch reine Behördenwillkür und Machtmißbrauch seitens des **Amtes Wittenburg, Amtsgericht Hagenow und des Oberlandesgerichtes Rostock – Person KRUSE.****

**Zu 8 Festgestellt wird:**

Dazu kommt der Umstand, dass sich die privatisierte BRD- Behörde **Amt Wittenburg und das Oberlandesgerichtes Rostock** nicht mehr die Voraussetzungen nach dem BGB bzgl. eines staatlichen Amtes erfüllen.

Verweis Auszug: UPIC

Privatisierte Behörde: U. a. fehlende Unterschriften auf vorgeblich amtliche Schreiben der Behörde, fehlende Amtsbezeichnungen, Amtsausweise, amtliche Stempel & Siegel.

Aus genannten Gründen wird hiermit Täuschung im Rechtsverkehr angezeigt.

Es wird aus genannten Gründen sofortige Klärung, Abhilfe und Beweislastumkehr gefordert.

**Der o. g. Beschluß ist nichtig und zu verwerfen/ aufzuheben. Das Verfahren ist in jeder Hinsicht bis zur dezidierten fach- und sachgerechten Klärung der einzelnen Beschwerdepunkte offen.**

**Zur Klärung der angezeigten komplexen Straftatbestände sind die im Verteiler genannten Dienstvorgesetzten Behörden zuständig. Aus o.g. Gründen ist bis zur Klärung der Situation und Legitimation der Behörden Amt Wittenburg und **Oberlandesgerichtes Rostock** und deren betreffende Mitarbeiter ist das juristisch nachgeordnete OWI- Verfahren auszusetzen.**

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen

**Verteiler:**

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern  
Puschkinstraße 19-21  
19055 Schwerin

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin

**Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:**

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof  
Herr Harald Range  
Braucherstraße 30  
76135 Karlsruhe